VORWORT

Von Roberto Bissio¹

Die Staats- und Regierungschefs der Welt haben sich 1995² auf das Ziel der Armutsbeseitigung in der Welt verpflichtet. *Social Watch* hat Regierungen gefragt, was sie unternommen haben, um diese Verpflichtung einzulösen, und jedes Jahr haben wir darüber berichtet, was erreicht wurde und was nicht.

Auf internationaler Ebene darüber zu berichten, was sich auf nationaler Ebene tut, schafft größere Transparenz und stellt Verantwortlichkeiten klar. Die Verwendung numerischer Indikatoren ist ein Versuch, komplexe Realitäten in vereinfachter Form annäherungsweise darzustellen. Gleichzeitig sind internationale Vergleiche immer ein enormer Ansporn, wie wir schon von Olympischen Spielen und Schönheitswettbewerben wissen. Social Watch benutzt Indikatoren für jede der zentralen internationalen Verpflichtungen und vergleicht sie im Einzelnen, um jene Bereiche herausfiltern zu können, in denen noch mehr zu tun ist und wo politische Maßnahmen in eine andere Richtung gehen müssen.

Die Verpflichtungen sind bekräftigt und weiterentwickelt worden. Im Jahr 2000 versprach die bisher größte Versammlung von Staats- und Regierungschefs einstimmig: "Wir werden keine Mühen scheuen, um unsere Mitmenschen – Männer, Frauen und Kinder – aus den erbärmlichen und entmenschlichenden Lebensbedingungen der extremen Armut zu befreien³." Und Armut war auch das zentrale Thema der Diskussionen der versammelten Unternehmens- und Regierungschefs auf dem Weltwirtschaftsforum in New York im Februar 2002 ebenso wie auf dem alternativen Weltsozialforum der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Porto Alegre.

Noch nie hat ein Anliegen oder eine Kampagne so starke moralische Unterstützung erfahren und so wenig fassbare Ergebnisse erbracht.

Armutsbeseitigung ist keine einfache Aufgabe. Die Zahlen und Karten in diesem Bericht belegen, dass mehr als die Hälfte der Menschheit in Armut lebt. Eine unverhältnismäßig große Mehrheit unter den Armen sind Frauen und Kinder. Die vor uns liegenden Schwierigkeiten scheinen unüberwindbar.

Aber Ressourcen zur Armutsbekämpfung gibt es im Überfluss. Nur ein winziger Teil des persönlichen Vermögens einer Handvoll der reichsten Männer – es gibt nur wenige Frauen auf dieser Liste – unseres Planeten würde ausreichen, um jedes Kind ausreichend zu ernähren und zu erziehen und um jede Mutter mit medizinischen Leistungen zu versorgen. Und wahr ist, dass ein Großteil des Reichtums in genau jenen Ländern zu Hause ist, in denen viele der Ärmsten der Armen leben.

Immer wieder ist uns vorgehalten worden, dass der Schlüssel zur Lösung dieses Problems in der "Globalisierung" liegt. Wenn nur alle Beschränkungen des internationalen Handels und der Kapitalströme aufgehoben würden, könnten große Reichtümer entstehen, deren Umlauf

wie Wasser in kommunizierenden Röhren wirken würde und alle auf das Niveau jener anheben könnte, die das Glück hatten oder so clever waren, früher einzusteigen.

Aber genau das passiert ja nicht. Noch nie gab es eine solche Konzentration von Wohlstand und Macht wie heute. Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften 2001, kam zu folgendem Schluss: "Wir sehen die "unsichtbare Hand" des Adam Smith nicht, weil es sie nicht gibt⁴." Denn wenn der Markt zu einem wirkungsvollen Verteilungsmechanismus werden soll, sollten alle daran Beteiligten mit den gleichen Informationen ausgestattet sein – was in der Praxis nie der Fall ist.

Die Staatschefs des Sozialgipfels 1995 kamen zu demselben Ergebnis: "Wir wissen, dass Armut, das Fehlen einer produktiven Beschäftigung und soziale Zerrüttung ein Verstoß gegen die Menschenwürde sind. Wir wissen auch, dass sie einander negativ verstärken, eine Vergeudung von Humankapital darstellen und ein Zeichen mangelnder Effizienz im Funktionieren der Märkte und der wirtschaftlichen und sozialen Institutionen und Abläufe sind⁵." Deshalb "bedarf es staatlicher Maßnahmen, um Marktversagen zu korrigieren, Marktmechanismen zu ergänzen, die soziale Stabilität zu wahren und ein nationales und internationales Wirtschaftsumfeld zu schaffen, das ein bestandsfähiges Wachstum im weltweiten Umfang fördert⁶."

International sind die notwendigen Maßnahmen wohl bekannt: Eine Lösung des Schuldenproblems, Zugang zu den Weltmärkten für Produkte aus Entwicklungsländern, Kontrollen der störenden Ströme spekulativen Kapitals und nicht zuletzt mehr sowie qualitativ bessere Entwicklungshilfe, die tatsächlich bei den Armen ankommt.

Wir müssen aufhören mit der Doppelmoral und Heuchelei eines internationalen Systems, das Kapital unbeschränkt um den Globus bewegt, aber Arbeitnehmern nicht das gleiche Recht zugesteht; das armen Ländern die Öffnung ihrer Märkte vorschreibt, aber dies nicht von den reichen Ländern verlangt; das Entwicklungsländer zwingt, in der Rezession den Gürtel enger zu schnallen, aber es wohlhabenden Regierungen ermöglicht, in Krisenzeiten zu intervenieren.

Das Messen mit zweierlei Maß erzeugt Zynismus, Korruption sowie Verfall des demokratischen Lebens und genau jenes Sozialgefüges, das Gemeinschaften zusammenhält. Aber das Messen mit zweierlei Maß veranlasst die Menschen auch, ihre Stimme zu erheben, sich zu organisieren, Transparenz zu fordern und für den Wandel zu plädieren. Das gibt uns Hoffnung. Denn schließlich schrieben die Präsidenten, Premierminister und Könige, die sich in Kopenhagen versammelt hatten und die die Macht haben, Reformen anzustoßen: "Wir können nur weiterhin auf das Vertrauen der Menschen zählen, wenn wir ihre Bedürfnisse zu unserer Priorität machen⁷."

¹ Roberto Bissio ist Herausgeber des internationalen Social-Watch Berichtes.

² Diese Verpflichtung wurde auf dem Weltgipfel für Soziale Entwicklung eingegangen, der in Kopenhagen/Dänemark stattfand und an dem 115 Staats- und Regierungschefs teilnahmen - ein absoluter Rekord, der nur vom Millennium-Gipfel der UN-Generalversammlung 2000 übertroffen wurde.

³ Paragraph 11 der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen.

⁴ Vom Autor gemachte Notizen aus einer Konferenz mit Joseph Stiglitz in der Zentralbank von Montevideo, November 2001.

⁵ Paragraph 23 der Kopenhagener Erklärung.

⁶ Paragraph 6 des Kopenhagener Aktionsprogramms.

⁷ Paragraph 23 der Kopenhagener Erklärung.